



## Tagesordnung I Punkt 2.1 der öffentlichen Sitzung am 04. Dezember 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0131

### **Katzen in Wiesbaden**

#### **Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.11.2012**

Die Katzenpopulation in Wiesbaden steigt stetig an und hat dieses Jahr einen neuen, traurigen Höchststand erreicht, so dass bereits Aufnahmestopps und eine Abgabegebühr in den Tierheimen verhängt wurden.

Das Leben verwilderter Hauskatzen ist meist von viel Leid geprägt. Die Tiere sind verwurmt und krank, erblinden häufig am Katzenschnupfen oder leiden unter Atemnot.

Abgesehen von diesen unwürdigen Lebensumständen, geht von den Tieren auch eine Ansteckungsgefahr für Menschen aus.

Einige Städte (Paderborn, Delenhorst, Salzgitter, Bad Dürrenberg, Hildesheim, Verden, Jülich, Arnsberg) haben eine eindeutige Regelung in der Gefahrenabwehrverordnung getroffen, die alle Katzenbesitzer verpflichtet, in Verantwortung für ihr Tier diese vor dem Freigang zu kastrieren und kennzeichnen zu lassen (Chip).

Der Ausschuss möge daher beschließen

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie sich die Situation durch verwilderte Hauskatzen in Wiesbaden darstellt

eine umfassende Informationskampagne zum Thema große Katzenpopulationen in Städten und die Folgen für Mensch und Tier darzustellen. Hierbei sollen nach Möglichkeit der Tierschutzverein und der VKN e.V. einbezogen werden.

zu berichten, wie sich die rechtliche Situation bezüglich einer Verankerung einer Kastrationspflicht in der Gefahrenabwehrverordnung darstellt.

das Land gegeben falls aufzufordern, hierfür entsprechend der Novellierung des Tierschutzgesetzes eine eindeutige rechtliche Grundlage für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu schaffen.

---

### **Beschluss Nr. 0213**

1. Der Magistrat wird gebeten,
  - zu berichten, wie sich die Situation durch verwilderte Hauskatzen in Wiesbaden und der Region darstellt
  - zu berichten, wie sich die rechtliche Situation bezüglich einer Verankerung einer Kastrationspflicht in der Gefahrenabwehrverordnung darstellt.
2. Im Übrigen ist der Antrag eingebracht bis zum Vorliegen des Berichts zu Ziffer 1.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2012

Maritzen  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2012

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2012

Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister